

BENEŠ UND DIE EUROPÄISCHE
WIRTSCHAFTSKONZEPTION DES DEUTSCHEN
STAATSEKRETÄRS CARL VON SCHUBERT

Von Peter Krüger

Zu den vielfältigen Anregungen, die Karl Bosl mit seiner Dynamik und Aufgeschlossenheit wie mit seinem Gespür für fruchtbare Fragestellungen historischer Arbeit immer wieder zu geben vermag, zählen die Problemstellungen der von ihm betreuten Tagungen des Collegium Carolinum. Sie blieben in den vergangenen Jahren Themen der Zeitgeschichte Mitteleuropas vorbehalten. In besonderem Maße Neugier und Nachdenklichkeit des Historikers weckend, brachte die letzte Tagung im November 1972 eine Überraschung, nämlich den kühnen Versuch, ein Thema zu formulieren und zur Diskussion zu stellen, dessen Substanz und Umfang sich erst aus den Referaten und anschließenden Auseinandersetzungen herauschälen mußte. Es lautete: „Die ‚Burg‘, einflußreiche Kräfte um Masaryk und Beneš.“ Das Wagnis wurde ein Erfolg, insbesondere im Hinblick auf die behutsame Eingrenzung einer neuen historischen Forschungsaufgabe. Dies ist auch der Vorsicht und Überlegtheit jener Referenten zu danken, welche die eigentliche Problematik enthüllten: Wirkung und politisch-soziale Gestalt der Kräfte zu ergründen, die unter dem Schlagwort „Burg“ das gesamtstaatliche Interesse der Tschechoslowakei im Sinne der Staatsgründung Masaryks und Benešs förderten und verteidigten¹. In einem dieser Vorträge wurde darauf hingewiesen, daß die außenpolitische Bindung an Frankreich geradezu die Basis für alle innen- und außenpolitischen Bestrebungen, das Credo der Burgpolitiker war. Entsprechend der notwendigen und sachlich berechtigten Begrenzung des Kolloquiums auf die innenpolitischen Vorgänge wurde dieser Aspekt nicht erörtert. Immerhin wäre hier, ausgehend von den außenpolitischen Gegebenheiten und Entwicklungen der zwanziger Jahre, innerhalb des weiteren Rahmens der Untersuchungen über die „Burg“ eine Forschungsaufgabe gestellt, die bedeutsame Aufschlüsse verspricht — im übrigen auch bei der im ganzen schwierigen Quellenlage einige günstige Voraussetzungen bietet infolge der Zugänglichkeit der außenpolitischen Akten der Großmächte, hier vor allem der wichtigen Bestände des französischen Außenministeriums, des „Quai d'Orsay“.

Eine der auch für die wirtschafts- und innenpolitischen Rückwirkungen entscheidenden Fragen in diesem Zusammenhang wäre die, ob in der „Burg“-Politik jemals Bestrebungen aufgetaucht sind, die enge Bindung an Frankreich zu lockern

¹ Bosl, Karl (Hrsg.): Die „Burg“, einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš. München-Wien 1973.

zugunsten einer verstärkten Zusammenarbeit mit Deutschland, oder, wie sich die „Burg“ mit derartigen Bestrebungen auseinandersetzte. Das wäre also die Frage nach der Konsequenz und Kontinuität der von der „Burg“ — und d. h. von Beneš — verfolgten Außenpolitik. Auf den ersten Blick scheint die Antwort denkbar einfach zu sein: Deutschland war für die Tschechoslowakei das lebensentscheidende außenpolitische Problem, die einzige Macht, welche die Existenz des jungen Staates bedrohen konnte. Auch wenn keinerlei akute Gefahr bestand, so war doch offensichtlich, daß die enge Bindung an Frankreich, dem Geburtshelfer und mächtigen Gönner der Tschechoslowakei, die einzig wirksame Sicherung bot — solange die Sowjetunion aus den verschiedensten Gründen dafür noch nicht in Frage kam. Beneš war im übrigen — schon von seiner Erziehung her — ganz französisch orientiert, und eine der einflußreichsten Persönlichkeiten der französischen Außenpolitik, der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, stärkte energisch und mit persönlicher Sympathie von Beginn an die internationale Stellung der Tschechoslowakei. Dies eingehend zu untersuchen, wäre wichtig. Nichtsdestoweniger sollte man zunächst einmal auch von der anderen Seite her fragen, ob Deutschland jemals ein engeres Zusammengehen mit der Tschechoslowakei erwog und wann es im Verlauf der zwanziger Jahre überhaupt eine Konstellation gab, die für eine derartige Politik Ansatzpunkte bot und ein weiteres Vorgehen zumindest nicht völlig aussichtslos erscheinen ließ.

Eine solche Konstellation zeichnete sich im Frühjahr 1928 ab — allerdings selbst auf deutscher Seite nur als Ansatzpunkt für die Entwicklung einer langfristigen Politik der Heranziehung der Tschechoslowakei an das Reich betrachtet, nicht etwa in Erwartung rascher Erfolge. Deutschlands Einfluß in Europa war seit den Locarno-Verträgen und dem Eintritt in den Völkerbund im September 1926 erheblich gestiegen. Dies wurde gerade in der Tschechoslowakei genau beachtet und war zweifellos der wichtigste Grund dafür, daß Beneš vom 18. bis 24. Mai 1928 zum erstenmal Berlin besuchte — wenn auch inoffiziell und zum Abschluß einer ausgedehnten Urlaubsreise, die ihn vorher nach Paris und London geführt hatte. Einen weiteren günstigen Faktor für die deutsche Politik bildete die Entschlossenheit des Auswärtigen Amtes, einseitige nationale Machtpolitik durch die Ausgestaltung internationaler Rechtsnormen und Verständigung zu ersetzen. So erfolgte im Winter und Frühjahr 1928 ein energischer Vorstoß im Sicherheitskomitee des Völkerbunds mit der Absicht, dessen Möglichkeiten zur Friedenssicherung zu stärken und die völkerrechtlichen Mittel friedlicher Streit-schlichtung zu erweitern. Zur gleichen Zeit unterstützte das Auswärtige Amt die Pläne des amerikanischen Außenministers Kellogg für einen universalen Kriegsverzichtspakt und hatte bedeutenden Anteil an seinem Zustandekommen. In beiden Fällen entsprang die prononcierte deutsche Stellungnahme dem Bestreben, der künftigen Gestaltung der deutschen Außenpolitik im Sinne weiterer internationaler Verflechtung und Einflußnahme vorzuarbeiten. Verstärkte völkerrechtliche Bindungen und ein Bewußtsein gesteigerter Sicherheit in Europa sollten es erleichtern, wichtige deutsche Ziele und die Verständigung mit den anderen europäischen Großmächten darüber zu erreichen.

Hinzu kamen die Auswirkungen der konkreten außenpolitischen Lage: Die schon 1927 deutlich gewordene Verbesserung der Beziehungen des Reiches zu Jugoslawien und Rumänien, den beiden Partnerländern der Tschechoslowakei in der Kleinen Entente, setzte sich 1928 vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet fort. In Italien, das Ungarn den Rücken stärkte — jenem Land, dessen Revisionismus gegen den Friedensvertrag von Trianon einzudämmen Hauptaufgabe der Kleinen Entente war —, oder genauer noch: in Mussolini fand Beneš außerdem einen immer aktiver werdenden Gegenspieler in der Südosteuropapolitik, der die wirtschaftlichen und politischen tschechoslowakischen Interessen in diesem Raum empfindlich zu stören imstande war. Deswegen blieb die immer mögliche Annäherung zwischen Italien und Frankreich, dem wichtigsten Verbündeten der Tschechoslowakei, eine latente Gefahr². Vor allem aber hatte die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland weitere Fortschritte gemacht. Dies gilt ungeachtet der im Winter 1927/28 deutlich gewordenen Differenzen in der Frage der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes³, das nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages in immer kleiner werdenden Zonen bis 1935 besetzt bleiben sollte. Die Fortschritte zeigten sich auf wirtschaftlichem Gebiet, und zwar am bemerkenswertesten durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsabkommens vom 17. August 1927 und durch die sich festigende Zusammenarbeit der Schwerindustrie im internationalen Eisenkartell⁴. Das deutsche Auswärtige Amt zog die Summe aus all diesen Vorgängen und stellte fest, daß die Tschechoslowakei zum erstenmal seit dem Ersten Weltkrieg in eine gewisse Isolierung zu geraten drohte⁵.

Eine engere Bindung zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland mußte auf Grund der Interessenlage praktischerweise vor allem wirtschaftlich ausgeprägt sein. Deshalb könnte man den einer derartigen Annäherung förderlichen Tendenzen auch die damalige Aktualität internationaler Zusammenschlüsse verschiedenster Art hinzurechnen. Anlaß zur Diskussion solcher Fragen boten die strukturellen Schwächen und Anfälligkeiten der europäischen Handelsbeziehungen, ja man kann sagen der europäischen Wirtschaft jener Jahre überhaupt, ferner die sich allmählich krisenhaft entwickelnden landwirtschaftlichen Exportschwierigkeiten der Donauländer, vor allem auf Grund des Verfalls der Welt-

² G a j a n o v á, Alena: ČSR a středoevropská politika velmocí (1918—1938) [Die ČSR und die mitteleuropäische Politik der Großmächte]. Prag 1967, S. 237—239. Über die tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen siehe vor allem die unveröffentlichte Diss.: C a m p b e l l, F. Gregory: Weimar Germany and the Czechoslovak Republic. Yale University 1966. Sie soll demnächst in sehr erweiterter Form und unter einem neuen Titel veröffentlicht werden.

³ J a c o b s o n, Jon: Locarno diplomacy. Germany and the West, 1925—1929. Princeton 1972, S. 143—152.

⁴ Handelsabkommen: Reichsgesetzblatt 1927, II, S. 524—876. — Eisenkartell u. a.: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945 (abgekürzt: ADAP), Serie B, Bd. IV, Göttingen 1970, Dokument Nr. 91 und Bd. V, Göttingen 1972, Dokument Nr. 220.

⁵ Hschr. Notizen Schuberts vom 20. 5. 1928; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (abgekürzt: PA), Büro St. S. Sobe (gefilmt: 4577/E 174 217).

marktpreise für Agrarprodukte seit 1926, und die Propagierung des Paneuropa-Gedankens, in welcher Form und von welcher Seite auch immer. Dergleichen Erörterungen in der Öffentlichkeit wurden immer wieder angefacht durch Äußerungen von Wissenschaftlern, Presseorganen, Verbänden und Interessengruppen, die sich mit europäischen Wirtschafts- und Einigungsproblemen beschäftigten. In diesem Zusammenhang wären noch die infolgedessen wieder auflebenden Mitteleuropapläne verschiedenster Herkunft und Zielsetzung zu erwähnen, welche die Unklarheit des Begriffs Mitteleuropa aufzeigen⁶.

Schließlich konnte ein aktueller Anlaß, die bloße Tatsache nämlich, daß Beneš im Mai 1928 Berlin besuchen wollte, nachdem er diese Stadt jahrelang sorgfältig gemieden hatte, Anlaß zu einem gewissen deutschen Optimismus hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen bieten. Dies war eine Chance für die deutsche Außenpolitik, nicht nur aktuelle Fragen, sondern auch Dinge von großer Tragweite für beide Länder zur Erörterung zu bringen, und sie wurde genutzt.

Mochte insgesamt gesehen unter den geschilderten Voraussetzungen eine engere Bindung der Tschechoslowakei an Deutschland weniger aussichtslos erscheinen als in anderen Jahren, so fehlte doch noch zu viel, um darin eine günstige, unmittelbaren Erfolg versprechende politische Gelegenheit zu sehen. Das Unternehmen konnte jedoch ein besseres Ansehen gewinnen, sofern es gelang, mit den langfristigen Zielen die Lösung eines unmittelbaren außenpolitischen Problems zu verbinden. Als solches galt vor allem die Verhinderung eines wie auch immer gearteten engeren Zusammenschlusses der Donaustaaten unter tschechoslowakischer Führung, d. h. unter Ausschluß Deutschlands. Mit diesem Konzept der Verbindung eines kurzfristigen und eines langfristigen, nicht auf unmittelbaren Erfolg berechneten Ziels unternahm der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes, Carl von Schubert, die wichtigste deutsche Initiative gegenüber der Tschechoslowakei in den zwanziger Jahren.

Schubert hatte 1928 praktisch die Leitung des Auswärtigen Amtes in Händen, weil Stresemann infolge seiner sehr angegriffenen Gesundheit wochen- und monatelang von den Amtsgeschäften ferngehalten wurde. Ungeachtet der Tatsache, daß Stresemann selbst mit Beneš in Berlin zusammentreffen wollte, wozu er dann wegen seiner Krankheit nicht in der Lage war, hatte Schubert die politische Vorbereitung auf diesen Besuch in die Hand genommen, traf sie mit größter Sorgfalt und hätte in jedem Fall die Gelegenheit ergriffen, auch selbst mit Beneš zu sprechen. Dies war keine isolierte Eingebung, sondern Teil einer umfassenden

⁶ Um nur wenige unterschiedliche zeitgenössische Stellungnahmen zu nennen: Heilmann, Hanns (Hrsg.): Europäische Zollunion. Beiträge zu Problem und Lösung. Berlin 1926 (darin kommen auch Gegner einer Zollunion zu Wort). — Hantos, Elemér: Europäischer Zollverein und mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft. Mit einem Vorwort des Internationalen Komitees für den Europäischen Zollverein: Die Wirtschaftseinheit Europa. Berlin (1928). — Hohlfeld, Hans-Herbert: Zur Frage einer europäischen Zollunion. Eine Kritik. Leipzig 1928; spezieller: Janovsky, Karl (Sekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie in der Tschechoslowakei): Zollunion Prag-Wien oder Anschluß Wien-Berlin. Reichenberg 1927.

politischen Konzeption des Staatssekretärs, die sich aus verschiedenen Indizien herausarbeiten läßt. Sie stand unter Zeitdruck, weil in Deutschland die Forderung nach verschärfter Politik der Revision des Versailler Vertrags immer nachdrücklicher und bestimmender zur Geltung gebracht wurde, und sie bildete den letzten Versuch, die deutsche Außenpolitik definitiv und konsequent an die Verständigung und internationale Verflechtung mit den anderen Großmächten zu binden. Das bedeutete keineswegs die Aufgabe der deutschen Revisionsziele oder eines deutschen Großmachtstrebens, vielmehr bedeutete es eine konziliante und kompromißbereite Methode im Gegensatz zu einer einseitigen machtpolitischen Vertretung nationaler Ansprüche. Der Versuch schlug schließlich fehl; Locarno- und Verständigungspolitik gingen unter in den nationalistischen Aufwallungen in der Folge des Young-Plans und auf Grund der innenpolitischen Wende mit dem Regierungsantritt Brünnings.

Die Politik Beneš gegenüber den Donaustaaten läßt sich grob unter zwei Gesichtspunkten zusammenfassen: Einmal der Versuch, mit Hilfe des Sicherheitskomitees des Völkerbunds und der dort entwickelten Pläne von Regionalpakten zur Sicherung des Friedens eine, in der Form noch ungewisse, engere Bindung jener Staaten an die Tschechoslowakei zu erreichen. Dabei rechnete er als Vorsitzender des Sicherheitskomitees natürlich mit einem sanften moralischen und politischen Druck des Völkerbunds vor allem auf Ungarn⁷. Zum andern der Versuch, mit Hilfe eines Präferenzzollsystems die Donaustaaten auf wirtschaftlichem Gebiet enger mit der Tschechoslowakei zu verbinden⁸. Damit verfolgte Beneš in der Hauptsache drei Ziele: 1. Sicherung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses der Tschechoslowakei in Südosteuropa, d. h. auch eines Absatzmarktes für tschechoslowakische Industrieprodukte, deren Export infolge des Bedürfnisses nach wirtschaftlicher Stärke für diesen Staat in seiner gefährdeten Lage auch große politische Bedeutung hatte. 2. Neutralisierung des ungarischen Revisionsproblems, das sich in einer solchen Verflechtung allmählich von selbst lösen mußte, sowie Verhinderung des Anschlusses Österreichs an Deutschland⁹. 3. Abriegelung des wachsenden deutschen Einflusses in Südosteuropa. Denn Beneš fürchtete, daß die tschechoslowakische Unabhängigkeit desto stärker bedroht war, je bedeutender sich das deutsche Übergewicht in Mittel- und Südosteuropa entwickelte. Deshalb blieb er einer der entschiedensten Verteidiger des status quo

⁷ Aufzeichnungen Schuberts über Unterredungen mit den Untergeneralsekretären des Völkerbunds Sugimura vom 7. — PA, St. S. Vötag, Bd. 8 (4587/E 183 937) — und Paulucci vom 8. 3. 1928 — PA, St. S. Sobe (4577/E 174 176) — in Genf; Aufzeichnung Schuberts vom 12. 3. 1928; PA, St. S. Vötag, Bd. 8 (4587/E 184 016—22); Erlaß des Leiters der Rechtsabt. im AA, Gaus, vom 22. 3. 1928 an die Gesandtschaft in Prag; PA, Referat Völkerbund, Garantie- und Sicherheitsfragen, Comité d'arbitrage, Bd. 5 (K 2342/K 666 176—79).

⁸ Aus den vielfältigen Belegen sei nur einer herausgegriffen: Aufzeichnung Urzidils (Pressechef der deutschen Gesandtschaft Prag) vom 15. 2. 1928 über eine Unterredung mit Beneš; PA, Geheimakten der Abt. II, Österreich, Politik 3, Österreich/Tschechoslowakei (K 60/K 006 889—90).

⁹ I documenti diplomatici italiani, 7. Serie (1922—1935), Bd. VI, Rom 1967, Dokument Nr. 33.

der Friedensverträge von 1919/20. Außerdem waren, auch nach seinem eigenen Zeugnis¹⁰, die tschechoslowakische und die deutsche Industrie wirtschaftliche Konkurrenten in Südosteuropa.

Erschien also auf den ersten Blick die Wahl gar nicht zweifelhaft, so ergaben sich bei näherem Hinsehen doch gewisse Zwiespälte. Denn einmal übte gerade die Stärke und Konsumkraft der deutschen Wirtschaft eine ganz natürliche Anziehungskraft aus, zum anderen waren die Donauländer keineswegs die idealen Wirtschaftspartner für die Tschechoslowakei. Sie waren vor allem Agrarexportländer und ihre Kaufkraft hing weitgehend davon ab, wieviel landwirtschaftliche Produkte sie ausführen konnten. Das war ein sehr schwieriges Problem, denn gerade unter dem Einfluß der tschechoslowakischen Agrarpartei des Ministerpräsidenten Švehla stand natürlich der Schutz der eigenen Landwirtschaft vor erhöhten Importen im Vordergrund.

Švehla hatte sich immer eine von der „Burg“ unabhängige Stellung gewahrt, auch wenn er mit ihr zusammenarbeitete. Der Gesandte in Berlin, Chvalkovský, galt als sein Gefolgsmann; er betonte Schubert gegenüber Ende März 1928 den Willen Švehlas, die Beziehungen zu Deutschland enger zu gestalten¹¹. Die Annahme der deutschen Gesandtschaft in Prag, daß in dieser Hinsicht ein Unterschied zwischen den außenpolitischen Vorstellungen Švehlas und Beneš bestand, ist also begründet¹². Es zeugt aber für den guten politischen Spürsinn und die sorgfältige Erwägung aller, auch der innenpolitischen Umstände in der Tschechoslowakei — wobei die Beratung jedes Schrittes durch den Gesandten in Prag, Koch, unentbehrlich war —, daß Schubert trotzdem das Angebot Chvalkovskýs, diesen Fragenkomplex mit Švehla zu erörtern, für seine Initiative nicht benutzte, sondern sich an Beneš hielt. Dieser war eben doch die entscheidende Persönlichkeit der tschechoslowakischen Außenpolitik, und „sein letzter Tag“ war einstweilen, wie Koch sich ausdrückte, „ferner denn je“¹³. Natürlich hatte sich Schubert schon in den vergangenen Jahren vergewissert, ob Aussichten auf andere innenpolitische Konstellationen bestünden mit neuen Männern, die sich den deutschen Wünschen entgegenkommender zeigten. Aber es gab sie nicht.

Die für Deutschland lästige und in Berlin nicht ganz durchschaubare Politik Beneš gegenüber den Donauländern — vor allem Österreich und Ungarn —, weiter die Regionalpakte im Sicherheitskomitee, die nicht nur unerwünschte Gruppierungen schaffen, sondern auch einen allmählich wachsenden moralischen Druck auf die Reichsregierung im Sinne eines „Ost-Locarno“ mit Polen ausüben konnten, veranlaßten Schubert, mit einer eigenen Initiative als Teil seiner umfassenden außenpolitischen Konzeption hervorzutreten. Am 23. März 1928, in

¹⁰ Aufzeichnung Schuberts, Unterredung mit Beneš 23. 5. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/ E 174 258).

¹¹ Vertrauliche Aufzeichnung Schuberts vom 31. 3. 1928; PA, Büro Reichsminister 39, Bd. 2 (3086/D 617 980).

¹² Brief Kochs (Prag) vom 15. 1. 1928 an Schubert; PA, St. S. Tsch, Bd. 2 app. 1 (4582/ E 176 203—07).

¹³ E b e n d a.

einer Unterredung mit Außenminister Stresemann über Benešs Ziele¹⁴, äußerte Schubert einen Gedanken, den er bis dahin nie erwähnt hatte und „den man [...] jetzt noch gar nicht aussprechen dürfe“: Man solle entschlossen auf ein enges Zusammengehen Deutschlands mit der Tschechoslowakei und Österreich hinarbeiten, zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet. Außerdem „aber könne man sich vielleicht vorstellen, auch irgendeinen politischen Pakt zwischen den drei Staaten abzuschließen“. Der dürfe dann aber keine Klausel gegen den Anschluß Österreichs enthalten — eine deutlich nur von innenpolitischen Rücksichten bestimmte Forderung. Denn Schubert fügte hinzu, im Grunde seines Herzens hege er gegen den Anschluß die allergrößten Bedenken. Diese Haltung hatte er konsequent schon seit Jahren vertreten¹⁵.

Am 23. März konnte Schubert noch nicht damit rechnen, daß Beneš nach Berlin kommen würde. Es ging ihm also zunächst nur darum, seinem Minister seine Gedanken nahezubringen. Neben die deutlich ausgesprochenen Zweifel, daß an die Verwirklichung zu glauben noch sehr verfrüht sei, trat die Unsicherheit, ob Stresemann etwas aus der Idee zu machen bereit war. Er schien sie jedenfalls nicht gerade enthusiastisch begrüßt zu haben: „Der Herr Reichsminister“, notierte Schubert, „gab [...] zu erkennen, daß er meine Idee eines gewissen Zusammenschlusses der drei Staaten für interessant halte“. Das war alles; aber es genügte Schubert, die Initiative zu ergreifen und seinen Gedanken selbst weiterzuvorforschen, als im Mai die Erkrankung Stresemann daran hinderte, Beneš zu empfangen. Übrigens zeigt die Wendung „wenn man sich entschließen würde“, die Schubert benutzte, als er Stresemann seine Idee vortrug, daß seiner Ansicht nach ein klarer Entschluß und die Akzeptierung aller seiner Konsequenzen notwendig war, um die Tschechoslowakei als befreundeten Staat und engen Partner anzuerkennen und die Vorstellung zu begraben, daß man es im Grunde mit einem allem Deutschen kritisch gegenüberstehenden Gegner zu tun habe.

Ein ähnlicher Wandel zu einer positiveren Einstellung gegenüber Deutschland mochte sich allmählich auch in der Tschechoslowakei entwickeln. Es war zwar nur ein schwaches, für Schubert aber jedenfalls nicht ungünstiges Zeichen, daß während der mehrmonatigen Abwesenheit Benešs sich dessen politische Gegner daheim regten und ihm vorwarfen, seine Außenpolitik habe versagt; die deutsch-französische Annäherung vermindere den tschechoslowakischen Bündniswert für Frankreich und lasse eine Neuorientierung angezeigt erscheinen. Koch berichtete darüber und verdeutlichte den eigentlichen Sinn der Vorgänge: „Es handelt sich wieder einmal um einen Frontalangriff gegen die ‚Burgpolitiker‘, und in Beneš wird indirekt auch Masaryk mit getroffen. [...] Švehlas Krankheit erleichtert nur die Eröffnung agrarischer Angriffe gegen die ‚Burg‘¹⁶.“ Der Exponent dieser Kräfte bei den Agrariern, der immerhin wichtigsten Regierungspartei, war der Minister Milan Hodža. Die „Burg“ konnte es sich nicht leisten, diese Stimmung

¹⁴ Aufzeichnung Schuberts vom 23. 3. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/E 174 194—95).

¹⁵ Siehe u. a. ADAP, Serie B, Bd. VI, Göttingen 1973, Dokument Nr. 39.

¹⁶ Am 23. 3. 1928; PA, St. S. Tsch, Bd. 4 (4582/E 176 731—34). — Siehe auch: Documenti, 7. Serie, Bd. VI, Dokument Nr. 87.

unberücksichtigt zu lassen. Hodža bekomme wieder, so teilte Koch mit, wohlwollende Worte von der „Burg“-Presse zu hören¹⁷. Beneš war sich infolgedessen — und das blieb Schubert nicht verborgen — darüber klar, daß er aus den Berliner Gesprächen mit einem Erfolg zurückkehren mußte. Dann konnte er den Kritikern daheim beweisen, daß er sehr wohl auf der Höhe der Situation stehe und in der Lage sei, auch unter veränderten Voraussetzungen die richtige Außenpolitik zu führen. Schubert hingegen konnte, wenn er die Unterredung mit einem Mißerfolg enden ließ, die innenpolitischen Schwierigkeiten Benešs erheblich verstärken. Dies war ohne weiteres möglich, denn es gab eine Reihe kleinerer Fragen, auf deren Regelung im deutschen Sinne er kompromißlos beharren und damit jeden weitergehenden Gedankenaustausch im Keime ersticken konnte. Indessen ließ Schubert ganz im Gegenteil die Begegnung im Rahmen des Möglichen zu einem vollen Erfolg werden und stellte damit unter Beweis, daß er in erster Linie mit der „Burg“ und ihrer Politik rechnete und — bei Stresemann wäre ich in diesem Punkt nicht so sicher — mit Beneš zusammenarbeiten wollte. Beneš erklärte am 6. Juni 1928 vor dem Außenausschuß des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses und des Senats¹⁸:

„Meine Reise nach Berlin war keine offizielle. Ich wollte jedoch auf dem Heimweg von London einen Höflichkeitsbesuch in Berlin abstatten und mit den offiziellen Berliner Kreisen — wie dies regelmäßig in den letzten Jahren in Genf geschehen war — über die laufenden Fragen der internationalen Politik, die beide Staaten betreffen, Rücksprache pflegen. Die Krankheit des Ministers Stresemann verhinderte mich, mit ihm persönlich über diese Dinge zu sprechen. Ich hatte also eine allgemeine Unterredung mit dem Reichskanzler Marx und verhandelte eingehend über die Fragen der Außenpolitik mit dem Staatssekretär im Außenministerium von Schubert; über die Fragen unserer Handelsverträge sprach ich mit Handelsminister Curtius und mit den übrigen amtlichen Faktoren.

Ich stelle gerne fest, daß alle diese Unterredungen von aufrichtigstem Geiste und von wahrhaft freundschaftlichen Intentionen geleitet wurden, in dem Bewußtsein, daß es heute zwischen diesen beiden Staaten keinerlei wesentliche strittige Fragen gibt und daß unsere Beziehungen wirklich dem Geiste der Freundschaft entsprechen, der als Basis unserer künftigen gegenseitigen Beziehungen in Locarno gelegt wurde. Ich zweifle nicht, daß dies den Interessen unserer beiden Länder ebenso dienen wird wie dem allgemeinen Frieden Europas überhaupt. Dies ist um so eher möglich, als unsere Beziehungen zu Westeuropa, zu Frankreich, England und Deutschland definitiv geregelt, durch unsere Verträge streng stabilisiert und im Verhältnis zu keiner der angeführten Großmächte durch nichts gefährdet sind.

Bei meinen Unterredungen in Berlin hatte ich auch Gelegenheit, unsere bisherige zentraleuropäische Politik genauest darzulegen, sowohl in rein politischem,

¹⁷ Am 9. 5. 1928; PA, Abt. II, Tschechoslowakei, Politik 5, Bd. 7 (L 439/L 132 270).

¹⁸ Beneš [Edvard]: Die internationale Lage und die tschechoslowakische Außenpolitik. Exposé im Außenausschuß des Abgeordnetenhauses und des Senats am 6. Juni 1928. Prag 1928, S. 21 f.

wie in wirtschaftlichem Sinne. Ich betonte, daß sie auf dem politischen status quo und auf der strikten und entschiedenen Aufrechterhaltung und Wahrung des Friedens beruht. Vielleicht ist es überhaupt nicht notwendig, daß ich auf die Zeitungsnachrichten über verschiedene phantastische Pläne reagiere, die ich nicht gehabt und über die ich niemals und mit niemandem verhandelt habe. Unser Meinungs-austausch betraf die laufenden internationalen Fragen, den Kellogg-Pakt, die Sicherheits- und Abrüstungsprobleme mit Bezug auf die Verhandlungen in Genf und Zentraleuropa besonders, die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der Genfer Wirtschaftskonferenz¹⁹, eine Reihe unserer deutsch-tschechoslowakischen Spezialfragen usw. Ich möchte nur noch sagen, daß meine Reise über Berlin gewiß für uns beträchtliche politische Bedeutung hat: sie ist nicht nur ein Dokument unseres guten und freundschaftlichen Zusammenlebens, sondern auch ein Ausdruck der fortschreitenden Konsolidierung in Zentraleuropa und ein Bestandteil unserer systematischen Arbeit für den Frieden Nachkriegseuropas überhaupt.“

Überall in der europäischen Öffentlichkeit wurde das Ergebnis der Berlinreise Beneš als bemerkenswertes Zeichen deutsch-tschechoslowakischer Annäherung gewertet, ja gelegentlich sogar als ein Abrücken von Frankreich²⁰.

Um jedes Aufsehen zu vermeiden und das Gewicht der Begegnung zu verschleiern, hielt man völlig geheim, daß Koch am 20. Mai 1928, einen Tag vor dem ersten Gespräch Beneš mit Schubert, für einige Stunden intensiver Beratung des Staatssekretärs in Berlin war. Bezeichnend dafür ist, daß Schubert, der sonst sorgfältige und sehr detaillierte Aufzeichnungen zu machen pflegte, über diese Besprechung mit Koch nur ein paar schwer lesbare Bleistift-Notizen hinterlassen hat²¹. Beide waren sich darin einig, daß die hauptsächlichsten Gründe für Beneš Besuch einmal die Kritik in der Tschechoslowakei an seiner Außenpolitik und an seiner Position überhaupt war, zum andern sein eigener Wunsch, die Pläne eines Präferenzzollsystems mit den Donauländern voranzubringen, und schließlich die Rücksicht auf die neue Bedeutung Deutschlands in Europa, die sich sichtbar in der Annäherung vieler Staaten, vor allem aber am deutsch-französischen Verhältnis zeigte. Schubert drückte es recht plastisch aus: Beneš wolle nicht als letzter durch die Tür gehen. Man konstatierte außerdem, daß die Tschechoslowakei zum erstenmal seit ihrem Bestehen sich in einer gewissen Isolierung befinde. Als Schubert als letzten und wichtigsten Punkt „seinen Plan“ vorbrachte, äußerte sich Koch eher skeptisch: „Der Mann, der es macht, muß *unabhängig* sein! [Der] Tscheche ist deutschfeindlich!“ Vielleicht war es aber gerade diese Äußerung des Gesandten, die den Staatssekretär in seiner Absicht, eine solch heikle Frage mit Beneš zu erörtern, bestärkte. Denn da er sich durch die Gesandtschaft in Prag über die innen- und außenpolitische Lage der Tschechoslowakei besonders sorgfältig hatte unterrichten lassen, war ihm wohl klar geworden,

¹⁹ Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbunds vom Mai 1927 in Genf; ADAP, Serie B, Bd. V, Dokumente Nr. 203 und 218.

²⁰ G a j a n o v á 239.

²¹ Siehe Anm. 5.

daß am ehesten Beneš die als unbedingt notwendig erachtete Unabhängigkeit besaß. Dessen Stellung hing nicht von einer Partei ab. Präsident Masaryk stand unbeirrbar hinter ihm und ließ ihn niemals im Stich. Beneš war der herausragende Exponent der überparteilichen Integrations- und Ausgleichspolitik der „Burg“ und er besaß als Mitbegründer des Staates und bester außenpolitischer Vertreter der Interessen seines Landes immer noch großes Prestige.

Die Unterredungen zwischen Beneš und Schubert begannen am 21. Mai 1928²² mit der Erörterung eines Problems, das in der internationalen Politik damals im Vordergrund stand und ein entscheidender Faktor in Schuberts außenpolitischer Konzeption war: Die Verhandlungen über den Plan des amerikanischen Außenministers Kellogg für einen universellen Kriegsverzichtspakt. Ursprünglich war die Anregung dazu im Frühjahr 1927 vom französischen Außenminister Briand ausgegangen, allerdings in einer ganz anderen Form. Briand wollte einen Kriegsverzichtsvertrag nur zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abschließen, was im Grunde auf einen Nichtangriffspakt hinausgelaufen wäre und die Vereinigten Staaten in ein engeres Verhältnis zu Frankreich gebracht hätte — mit zumindest moralischen Verpflichtungen im Falle einer europäischen Krise. Dies war natürlich mit der amerikanischen außenpolitischen Tradition unvereinbar. Nicht zuletzt unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten — insbesondere der umfangreichen Kriegsächtungsbewegung, die im Senat einflußreiche Fürsprecher gewann — übernahm Kellogg den Grundgedanken, machte aber durch die Forderung nach Universalität eines solchen Vertrags die außenpolitischen Absichten Frankreichs zunichte, ja verkehrte sie in ihr Gegenteil. Als diese neue Vertragsform aber unvermeidlich geworden war, versuchten die Franzosen sie derart mit Vorbehalten zu befrachten, daß sie das Recht, ihren osteuropäischen Verbündeten auch mit militärischem Einsatz zu Hilfe zu kommen, unangetastet ließ. Seiner Sicherung galt das französische Hauptargument, der Kellogg-Pakt sei unter gewissen Umständen mit den Verpflichtungen aus Locarno-Verträgen und Völkerbundssatzung unvereinbar²³. Die Völkerbundssatzung, die für Beneš den Charakter eines unumstößlichen Grundgesetzes hatte, ließ ja unter Art. 15 Absatz 7 sogar eine Möglichkeit offen, zum Angriffskrieg zu schreiten. Dies war für Deutschland der springende Punkt, und letzten Endes stellten die Verhandlungen um den späteren Kellogg-Pakt auch ein hartnäckiges deutsch-französisches Ringen dar.

Schubert hatte die Verhandlungen aufmerksam verfolgt und der deutschen Politik in Erkenntnis der günstigen Möglichkeiten, die sich hier sowohl für aktuelle Fragen wie auch im Hinblick auf die langfristige Entwicklung boten, die Richtung gegeben. Er stellte sich auf den von scharfsinnigen und komplizierten rechtlichen Argumenten gestützten Standpunkt, daß der Kelloggsche Paktentwurf ohne Verkläusulierung oder Vorbehalte hinsichtlich irgendwelcher bestehen-

²² Aufzeichnung Schuberts vom 21. 5. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/E 174 222—29). Das Gespräch wurde am nächsten Tag fortgesetzt. Siehe die Aufzeichnung Schuberts vom 22. 5. 1928 (4577/E 174 230—48).

²³ Ferrell, Robert Hugh: *Peace in their time, the origins of the Kellogg-Briand-Pact*. New Haven 1952.

der Verträge angenommen werden könne und müsse, wenn er eine Wirkung haben solle. Er sei durchaus vereinbar sowohl mit der Völkerbundssatzung wie den Locarno-Verträgen. Schubert blieb damit erfolgreich. Die taktischen Einzelheiten und Ziele zu erörtern, gehört nicht hierher²⁴, wohl aber die Erläuterung der übergreifenden Konzeption, die Schubert entwickelt hatte. Er wollte durch die Unterstützung des Kelloggschen Paktentwurfs und der gleichzeitig im Sicherheitskomitee des Völkerbunds eingeleiteten Initiative²⁵ die Voraussetzungen für eine wirksamere friedliche Streitschlichtung und Einschränkung des Krieges schaffen sowie eine Atmosphäre wachsender Sicherheit in Europa herbeiführen. Dabei nahm er bewußt in Kauf, daß infolgedessen auch Deutschlands revisionspolitische Möglichkeiten weiter eingeschränkt würden²⁶. In den Zusammenhang der möglichst weitgehenden Ausschaltung militärischer Machtmittel und ihres Einflusses auf die Politik, was für die Außenpolitik des entwaffneten Deutschlands nur von Nutzen sein konnte, gehörte auch Schuberts nachdrückliches Eintreten für wirksame Maßnahmen in der Abrüstung, die geeignet gewesen wären, den weit überlegenen Rüstungsstand der anderen Mächte zu senken. Auch über die Abrüstungsverhandlungen sprach er eingehend mit Beneš, ebenso über dessen Ideen sicherheitsfördernder Regionalpakete im Rahmen des Völkerbunds. Beneš beteuerte, er verfolge damit keine weiteren politischen Absichten, blieb aber in bezug auf die deutsche Abneigung gegen solche Pakte nicht im unklaren.

Schubert brauchte wachsendes internationales Vertrauen, gerade auch in eine stetige, auf Verständigung über alle Streitfragen abgestellte deutsche Politik, um seinem Hauptziel näher zu kommen, der Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen und dem Wiedererstarken Deutschlands auf der Grundlage der möglichst ungehinderten Entwicklung seiner Wirtschaftskraft. Mit Rücksicht darauf bevorzugte er allgemeine Regelungen in Europa und lehnte die Kompliziertheit und Gefährlichkeit sich überschneidender Allianzen und Gegenallianzen, sprunghafter und unzuverlässiger Diplomatie im Stile der wilhelminischen Ära nachdrücklich ab²⁷. Das war natürlich einleuchtend und vernünftig, vor allem aber konnte es Deutschland nur zum Vorteil gereichen, wenn ihm in Europa keine Staatengruppen gegenüberstanden, wie z. B. Frankreich mit seinen östlichen Verbündeten, sondern bloß einzelne Länder. Auf diesem Wege vermochte das Reich bei behutsamem politischem Vorgehen und in Fortführung der Verständigungspolitik seine wirtschaftliche Überlegenheit auszuspielen.

²⁴ Statt vieler Einzelbelege sei der wichtigste Aktenbestand angegeben: PA, St. S. Fram (4505).

²⁵ Siehe u. a. Aufzeichnung Gaus' von Anfang Dezember 1927; PA, Referat Völkerbund, Garantie- und Sicherheitsfragen, Comité d'arbitrage, Bd. 2 (K 2342/K 665 728—42), und die „Bemerkungen der deutschen Regierung zu dem Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees“ vom 26. 1. 1928; Sch w e n d e m a n n, Karl: Abrüstung und Sicherheit. Bd. 1. Leipzig ²(1933), S. 569—574.

²⁶ Siehe die Aufzeichnung Gaus' (Anm. 25) und den Runderlaß Schuberts vom 12. 1. 1928; PA, St. S. Fram, Bd. 1 (4505/E 122 688—93).

²⁷ Siehe u. a. Aufzeichnungen Schuberts über Unterredungen mit Loucheur vom 18. 9. 1927 und mit Selby vom 12. 12. 1927; PA, St. S. Vötag, Bd. 6 (4587/E 183 618—20) und Bd. 7 (4587/E 183 843—48).

Schubert erreichte jedenfalls das Eingeständnis Benešs, daß auch die Verträge der Kleinen Entente zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien in ihrer Tendenz gegen Ungarn nicht mit der Völkerbundssatzung vereinbar seien und daß er plane, sie abzuändern²⁸. Da diese Feststellung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erörterung der Vorbehalte zum Kellogg-Pakt stand, war sie zugleich ein wichtiges Indiz für den Erfolg der deutschen Politik, mit Hilfe dieses Paktes die bestehenden Bündnisverträge, namentlich Frankreichs, auf einen rein defensiven Charakter gegen einen potentiellen Friedensbrecher zurückzuschrauben und im übrigen ihre Interpretation derart zu begrenzen, daß sie sich nur im Rahmen der Völkerbundssatzung und der Locarno-Verträge bewegen konnte. Und es war ja gerade die deutsche These, daß Völkerbundssatzung und Locarno-Verträge mit dem Kellogg-Pakt durchaus im Einklang ständen. Damit wurden sogar deren Bestimmungen erneut verstärkt in ihrer Tendenz internationaler, allgemeiner und kooperativer Anwendung und gegen das von Frankreich proklamierte Recht der «*action isolée*», der einseitigen nationalen Befugnis, im Sinne des Völkerbunds und zur Erhaltung des status quo auch militärische Maßnahmen zu ergreifen.

Dabei ergaben sich zumindest in dem Bestreben, Kriegsverhütung und friedliche Streitschlichtung weiter zu entwickeln, durchaus Berührungspunkte mit den politischen Absichten Benešs. Deshalb lag Schubert viel an einer Erörterung der Probleme des Kellogg-Pakts und des Sicherheitskomitees; denn auf diesem Gebiet hing einiges auch von Beneš ab, der geradezu als Inkarnation der Völkerbundspolitik erschien. Es gelang Schubert im großen und ganzen, Beneš von dem Wert der deutschen Vorstellungen zu überzeugen und damit eine gewisse Vertrauensgrundlage für eine Diskussion seiner darauf aufbauenden wirtschaftlichen Pläne zu schaffen.

In bezug auf das notwendige Vertrauen war es aber unumgänglich, ein für Beneš geradezu existenzielles Problem anzuschneiden: Die Anschlußfrage. Beneš machte Schubert am 22. Mai 1928 erneut klar, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland für die Tschechoslowakei politisch, vor allem aber auch aus wirtschaftlichen Gründen lebensgefährlich werden könne. Im übrigen liege der Anschluß nicht einmal im wohlverstandenen deutschen Interesse. Das war genau Schuberts Meinung. Er führte deswegen das Gespräch so, daß Beneš darüber nicht im unklaren blieb und in der Gewißheit nach Hause fahren konnte, der Anschluß gehöre auf absehbare Zeit nicht zu den Zielen der damaligen Leiter der deutschen Außenpolitik. Es ist überhaupt beachtenswert, daß die starke und zufriedene Betonung der Konsolidierung Europas auf den Grundlagen des status quo, die Beneš am 6. Juni 1928 in seinem zitierten Fazit der Berliner Reise gab, keineswegs als Mißerfolg Schuberts gewertet werden kann. Schubert ging gar nicht auf eine Veränderung des status quo aus; er wollte im Gegenteil die allgemeine Beruhigung fördern, um mit der Verwirklichung seiner europäischen Wirtschaftspläne beginnen zu können, von denen er sich zu Recht für Deutschland wesentlich mehr Erfolg versprach.

²⁸ Gespräch vom 22. 5. 1928 (Anm. 22).

Nun erst, nachdem die Unterredungen so weit gediehen waren, kam Schubert am 23. Mai 1928 auf „seinen Plan“ zu sprechen²⁹. Dabei trug es wenigstens zur stimmungsmäßigen Verbesserung der Voraussetzungen bei, daß die Reichstagswahlen am 20. Mai einen deutlichen Erfolg der SPD gebracht und damit die Basis der Verständigungspolitik Stresemanns und Schuberts gestützt hatten.

Schubert leitete die Erörterungen damit ein, daß er ein taktisches Druckmittel ausnutzte und der tschechoslowakischen Bitte um weitere Konzessionen bei den sich nun schon jahrelang hinschleppenden Handelsvertragsverhandlungen mit völliger Intransigenz begegnete. Die Absicht, Beneš für die Regelung des tschechoslowakisch-deutschen Wirtschaftsverhältnisses auf viel weitergehende Lösungen zu drängen, wurde ganz offensichtlich, als Schubert unmittelbar daran anschließend erklärte:

„Ich entwickelte sodann meine These von der Notwendigkeit eines auf größter Basis erfolgenden wirtschaftlichen Ausgleiches in Europa. Meiner Ansicht nach müsse man darauf hinarbeiten, die Industrie, aber auch die Landwirtschaft der verschiedenen Länder zu veranlassen, gegenseitig zu einer Verständigung zu kommen, die auf einen Ausgleich der Produktion und des Absatzes hinauslaufen hätte. Ich hätte dabei aber nicht etwa die Gründung von Trusts oder Kartellen alter Art im Auge, sondern vielmehr Vereinigungen und Verständigungen größten Stils, die auf eine Senkung der Preise und damit auf eine Stärkung der Kaufkraft der Konsumenten hinausliefen. Außerdem aber müsse man natürlich dann auf eine Niederreißung der Zollschranken hinwirken. Es klinge natürlich phantastisch, wenn man, wirtschaftlich gesprochen, von den Vereinigten Staaten von Europa sprechen wolle, letzten Endes sei dies aber gewissermaßen das Ziel. Man müsse sich nur vergegenwärtigen, welche ungeheure Stoßkraft das homogene Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten allein darstelle, um sich die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Staaten in Europa klarzumachen.

Ich sagte Herrn Beneš, ich hätte Gelegenheit gehabt, bereits mit zahlreichen Vertretern fremder Regierungen über diese Ideen zu sprechen. Darunter auch mit den Franzosen und den Engländern. Ich hätte einmal Herrn Briand meine Ideen entwickelt und durchaus Gegenliebe gefunden; auch mit Herrn Loucheur hätte ich gesprochen. Für derartige Ideen schienen aber auch Leute wie Herr Bokanowski und Herr Serruys zu haben zu sein³⁰. Das sei immerhin eine interessante Tatsache.

Im Völkerbund würden derartige Ideen ja auch verfolgt, und man könne als Anfang mit dem Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz einigermaßen zufrieden sein. Nur müsse auf diesem Gebiete aller Orten sehr intensiv weiter gearbeitet werden, weil meines Dafürhaltens sonst zu befürchten sei, daß einmal eine ganz unübersehbare Katastrophe in Europa eintreten würde.“

²⁹ Aufzeichnung Schubert 23. 5. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/E 174 251—64).

³⁰ Briand war damals Außenminister; Loucheur, der einflußreiche französische Industrielle und Politiker, war zu jener Zeit zwar nicht Minister, aber er vertrat Frankreich in den Wirtschaftsgremien des Völkerbunds; Bokanowski war französischer Handelsminister und Serruys Direktor im französischen Handelsministerium.

Hier findet man Schuberts Pläne in seltener Klarheit und Kürze zusammengefaßt. Ähnliches hatte er seit 1925 schon häufig geäußert — in den verschiedensten Zusammenhängen, gegenüber den unterschiedlichsten Persönlichkeiten und bei allen sich bietenden Gelegenheiten. Es handelte sich hier also ganz ohne Zweifel um eine wohlerrungene außenpolitische Leitvorstellung. Bemerkenswert war, daß er gegenüber Beneš zum erstenmal auch die Möglichkeit konkreter Anwendung seiner Idee für mehrere Staaten sondierte. Schubert meinte nämlich, es sei „vollkommener Unsinn“, zu versuchen, „sofort alle Staaten Europas unter einen Hut zu bringen. [...] Es ließe sich [aber] sehr gut denken, daß ein wirtschaftliches Zusammengehen größten Stils zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich nicht nur im Bereich der Möglichkeit liege, sondern auch sehr erfolgversprechend sei“. Er deutete außerdem an, daß ja auf diese Weise die befürchteten wirtschaftlichen Rückwirkungen des österreichischen Anschlusses auf die Tschechoslowakei aufgehoben würden. Von einer politischen Verbindung war hier gar nicht die Rede. Sie war, wenn überhaupt, dann nur für eine sehr viel spätere Phase vorgesehen. Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Ideen ist nämlich von solchen politischen Plänen sonst nie mehr die Rede.

Beneš lehnte den Plan natürlich, wie zu erwarten war, vor allem im Hinblick auf die politischen Implikationen ab. Ohne Zweifel lag die Bedrohung der tschechoslowakischen Souveränität auch bei nur wirtschaftlichem Zusammenschluß mit dem übermächtigen Nachbarn auf der Hand. Aber die wirtschaftliche Perspektive beeindruckte ihn offensichtlich: „Im weiteren Verlauf des Gesprächs betonte Herr Beneš, daß, vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus gesehen, mein Plan natürlich sehr interessant sei. Er wolle auch zugeben, daß er vom wirtschaftlichen Standpunkt aus durchaus logisch sei. Er habe stets die Ansicht vertreten, daß die Wirtschaften der drei genannten Länder geeignet wären, sich gegenseitig zu ergänzen. Es bliebe eben nur die politische Schwierigkeit.“

Die außenwirtschaftlichen Fragen waren, erst recht nach Schuberts Vorstoß, der weitere Initiativen erwarten ließ, für die Tschechoslowakei dringend geworden. Ihr wirtschaftliches und damit auch in beträchtlichem Umfang ihr politisches Gedeihen hing von ausreichenden Absatzmöglichkeiten der Industrie ab. Beneš warf seinen eigenen Plan in die Debatte: „Was ihm vorschwebte, sei ein Zusammengehen der Staaten der Kleinen Entente, also der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens, unter Ausschluß Polens und unter Hinzuziehung von Österreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland.“ Aber er mußte Schubert zugestehen, daß sein Präferenzzollsystem längst nicht die wirtschaftliche Logik für sich habe wie die Schubertsche Verbindung. Schubert selbst machte mit aller Deutlichkeit klar, daß Deutschland eine Verbindung, wie sie Beneš vorschwebte, nur akzeptiere, wenn es selbst daran teilnehme. Auch das lag natürlich nicht im tschechoslowakischen Interesse, aus dem gleichen Grunde wie bei dem Schubertschen Plan: Beneš konnte das überlegene Gewicht einer Großmacht keinesfalls dulden. Immerhin waren nun aber die Grenzen klar abgesteckt; die Tschechoslowakei vermochte, ohne ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, auf Schuberts Pläne in ihrer reinen Form nicht einzugehen, während Benešs Vorhaben für Deutschland wirtschaftlich eine ernsthafte Bedrohung darstellte und — was Schubert sofort sah —

in Verbindung mit Frankreich auch erhebliche politische Folgen haben mußte. Einfluß und Macht Frankreichs im Donaugebiet und die Ausschaltung der deutschen Wirtschaftsinteressen dort, das machte solche Pläne für die Reichsregierung unannehmbar. Die Befürchtungen waren nicht übertrieben, wie Berichte italienischer Diplomaten über die Politik und den Einfluß Berthelots zeigten: Prag sei der Angelpunkt seiner Aktionen in Zentraleuropa und auf dem Balkan³¹.

Eigentlich hätte das Gespräch über diesen Punkt damit am Ende sein können. Aber der Grundgedanke des Schubertschen Plans beschäftigte Beneš weiter, und er fand schließlich scharfsinnig das Bindeglied, das er brauchte, um die deutsche Initiative mit seinen eigenen Wünschen in Einklang zu bringen und vor allem den Anschluß an neue Entwicklungen nicht zu verpassen: Frankreich mußte dabei sein. Dann wären zwei Großmächte beteiligt, die sich im Gleichgewicht hielten, dann könnten die Tschechoslowakei und Österreich beitreten, und das Anschlußproblem, dies betonte er, hätte in diesem Rahmen seine Gefährlichkeit verloren. Beneš wird sich darüber klar gewesen sein, daß ein enges Zusammengehen zwischen Deutschland und Frankreich für sein Land auch Nachteile brachte, denn Deutschland gewann dabei Bewegungsfreiheit gegenüber der Tschechoslowakei und den Donaustaaten. Diese Auswirkung würde in einer gemeinsamen Verbindung zu viert, bei der Beneš von vornherein mitreden konnte, bis zu einem gewissen Grad unschädlich gemacht werden. Außerdem mußte gerade diese Verbindung weitere Staaten anziehen, was die tschechoslowakischen Befürchtungen, Deutschland ausgeliefert zu sein, weitgehend zerstreuen konnte.

Schubert nahm zu der Anregung Benešs nicht mehr ausdrücklich Stellung, obwohl er ihr großes Gewicht beimaß³². Das Zusammenspiel der beiden erfahrenen Diplomaten aber war perfekt, sie verstanden sich völlig, und aus der Diktion der umfangreichen Schubertschen Aufzeichnungen geht deutlich hervor, daß er gern und offen mit Beneš diese diffizilen Probleme erörterte. Sie waren sich einig, daß sie rein persönlich darüber gesprochen hätten, nichts überstürzen und sehr behutsam vorgehen wollten.

Beneš wußte natürlich genau, was er sagte und warum er es sagte. Die kritischen Äußerungen im eigenen Lande über die außenpolitische Lage der Tschechoslowakei angesichts der wachsenden deutsch-französischen Annäherung hatte er selbst schon längst bedacht, insbesondere seit der deutschen Initiative im Sicherheitskomitee des Völkerbunds³³ und der wirksamen Unterstützung des Kellogg-

³¹ Documenti, 7. Serie, Bd. VI, Dokumente Nr. 107, 123, 263. Über Berthelot siehe Challenor, Richard D.: The French foreign office, the era of Philippe Berthelot. In: Craig, Gordon A./ Gilbert, Felix: The diplomats 1919—1939. Princeton 1953, S. 49—85, besonders S. 75 f.

³² Das zeigen u. a. die starken Unterstreichungen und Markierungen, mit denen Schubert in seiner Aufzeichnung die Äußerungen Benešs hervorhob.

³³ Über seine Unterredung mit Beneš am 13. und 14. 2. 1928 in Prag teilte der österreichische Bundeskanzler Seipel dem deutschen Gesandten in Wien, Graf Lerchenfeld, mit, Beneš habe „die Bedeutung des deutschen Memorandums [siehe Anm. 25] hervorgehoben, das wohl für die ganze Behandlung der Angelegenheit maßgebend sein werde“. Auszug aus dem Bericht Lerchenfelds vom 21. 2. 1928; PA, St. S. Sobe (4577/E 174 168).

schen Entwurfs für einen Kriegsverzichtspakt. Er hatte mehrfach die Bedeutung und die Notwendigkeit der deutsch-französischen Annäherung hervorgehoben. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet war sie nicht zu übersehen. Als Schubert dann in der bereits zitierten Darlegung seiner Vorstellungen von einer europäischen Wirtschaftseinheit neben Briand und Loucheur die Namen Bokanowski und Serruys erwähnte, mußte ein so erfahrener Außenpolitiker wie Beneš wissen, was mit dieser Andeutung gemeint war. Und seine Aufforderung, Deutschland möge sich besonders auf wirtschaftlichem Gebiet in großem Stil mit Frankreich einigen, dann wäre die Grundlage zur Verwirklichung des Schubertschen Plans geschaffen, bezeugt, daß er das wußte. Schubert spielte nämlich auf den erfolgreichen Abschluß des jahrelangen Ringens, zuletzt vor allem mit Bokanowski und Serruys, um ein deutsch-französisches Handelsabkommen an, Zeichen der tatsächlichen Beendigung der Nachkriegszeit mit ihren Wirtschaftskriegstendenzen. Das Handelsabkommen vom 17. August 1927 brachte Deutschland im großen und ganzen die seit 1919 verweigerte wirtschaftliche Gleichberechtigung gegenüber Frankreich und legte Frankreich darüber hinaus auf die von Deutschland mit Energie verfochtene Meistbegünstigung fest. Der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Posse, der deutsche Chefunterhändler in Paris, eine auch international anerkannte Autorität liberaler Handelspolitik, schrieb noch 1950:

„[Der Vertrag] bildete die umfang- und inhaltreichste Abmachung, die Deutschland überhaupt in seiner Geschichte nach dem ersten [Welt-]Kriege abschloß. Sein Zustandekommen nach langen und wechselvollen Kämpfen hatte weit über die Grenzen der beiden vertragschließenden Mächte hinaus in der Welt Aufmerksamkeit gefunden und den im Kielwasser der deutschen Unterhändler segelnden Vertretern anderer Staaten die Möglichkeit geboten, zu einer Bereinigung der wirtschaftlichen Beziehungen ihres Landes mit Frankreich zu gelangen. Mit dem Abkommen glückte es der deutschen Seite vor allem, Frankreich von weiterer Verfolgung seiner Absicht zum Ausbau eines Vorzugszollsystemes auf den Weg der unbeschränkten Meistbegünstigung zurückzuführen. Durch diese Meistbegünstigung und infolge des Genusses der in den Vertrag eingebauten Zollbindungen und -ermäßigungen der deutschen Zölle und der Minimalzölle des französischen Doppeltariffsystemes durch dritte meistbegünstigte Länder trug der Vertrag auch ausgeprägte multilaterale Züge. Es mutet uns heute fast wie ein Märchen an, wenn man daran erinnert wird, daß damals in der Genugtuung über die Bereinigung von fast uralten Spannungen die diplomatischen Gespräche zwischen Deutschland und Frankreich auch auf den stark politisch gefärbten Stoff einer Zollunion auszudehnen sich anschickten. Es blieb leider nur eine Eingebung des Augenblicks. Auf beiden Seiten fehlten die Staatsmänner, die, mit genügend Phantasie begabt, die Vorteile einer derartigen Gemeinschaft schon zu jener Zeit und gerade in ihr gebührend hoch zu schätzen wußten. Nach meiner festen Überzeugung wäre der Verlauf der Weltgeschichte ein anderer geworden, wenn damals die Sehnsucht nach einer Verständigung zwischen den beiden großen Nachbarstaaten in Kontinentaleuropa sich erfüllt hätte³⁴.“ Das war die weh-

³⁴ Posse, Hans: Kleines Wörterbuch des Außenhandels. Frankfurt am Main-Berlin (1950), S. 48.

mütige Reminiszenz an vergebliche Mühen eines Exponenten jener liberalen Handelspolitiker der Weimarer Republik, die sozusagen eine wirtschaftliche Verständigungspolitik betrieben und für die weltwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands eintraten, deren politisches Schicksal jedoch mit Antritt der Regierung Brüning unter dem übermächtigen nationalistischen Druck der Autarkie-Anhänger und Protektionisten, in erster Linie der Agrarprotektionisten, besiegelt war.

Innerhalb des Auswärtigen Amts war Schubert der mächtigste und energischste Verfechter jener Ideen, denen auch Posse anhing. Er schickte Posse am Tage der Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsabkommens ein Glückwunschtelegramm, das in seinem lebhaften Dank von der üblichen Zurückhaltung abstach. Es heißt darin u. a.: „Ich bin überzeugt, daß dieser Vertrag nicht nur für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich segensreich sein wird, sondern daß er darüber hinausgehend auch eine große allgemeinpolitische Bedeutung hat, und aus diesem Grund begrüßen wir hier im Auswärtigen Amt ganz besonders Ihren Erfolg³⁵.“

Die von Posse erwähnten ersten Gespräche über die Zollunion wurden von Schubert tatsächlich geführt; die wichtigsten mit jenen beiden französischen Politikern, deren Namen er gegenüber Beneš erwähnte: Briand und Loucheur. Die Übereinstimmung zwischen den dreien war bemerkenswert groß. Während Loucheur erste praktische Schritte der Verwirklichung anregte³⁶, ging Briand vor allem auf Schuberts Grundgedanken lebhaft ein³⁷: „Am Schluß der Unterhaltung kam dann das Gespräch noch auf die allgemeine Weltlage. Indem ich hervorhob, daß ich eventuell riskierte, für einen Phantasten gehalten zu werden, erklärte ich Herrn Briand, daß es gewisse, ganz elementare Weltprobleme gäbe, welche nicht durch diplomatische Kunststücke gelöst werden könnten. Als solche Probleme bezeichnete ich das chinesische, das russische und das Balkanproblem, das im Zusammenhange mit Italien betrachtet werden müsse; ich erwähnte ferner das Problem der wirtschaftlichen Zukunft Europas. Ich sagte, die Lösung dieser ganz großen Probleme werde noch einmal die Staatsmänner Europas vor ganz außerordentlich schwere Aufgaben stellen, die nur dann gelöst werden könnten, wenn die Staatsmänner auf das allerengste zusammen arbeiteten. Zur Erreichung einer solchen Zusammenarbeit sei es aber meiner Ansicht nach unbedingt notwendig, daß vorher alle anderen Probleme, die im Vergleich zu den von mir genannten großen Problemen ganz klein erschienen, gelöst werden müßten.“

Herr Briand hörte mich sehr aufmerksam an und erklärte sodann, er finde diese Idee in keiner Weise phantastisch, sondern sehr wohl begründet; er könne mir nur voll und ganz beistimmen. [. . .] Ich hätte auch ganz recht gehabt, wenn ich vielleicht als größtes Problem das Problem der wirtschaftlichen Zukunft Europas hingestellt hätte. Der wirtschaftlichen Entwicklung Europas müßten wir uns in erster Linie annehmen. [. . .] Man müsse ein Organ schaffen, was wirklich arbeiten und als Sicherheitsventil dienen könne.“

³⁵ ADAP, Serie B, Bd. VI, Dokument Nr. 120, Anm. 3.

³⁶ Aufzeichnung Schuberts vom 10. 3. 1928; PA, St. S. Vötag, Bd. 9 (4587/E 183 984—87).

³⁷ ADAP, Serie B, Bd. VI, Dokument Nr. 194 (Unterredung vom 13. 9. 1927).

Ausgehend von diesen größeren Zusammenhängen lassen sich einige Schlüsse über Sinn und Bedeutung der Äußerungen Schuberts und Beneš während ihrer Berliner Gespräche ziehen. Beneš war an dem wirtschaftlich verlockenden deutschen Angebot ernsthaft interessiert; seine Kenntnis des französisch-deutschen Verhältnisses spricht dafür, daß er die Vorbedingung einer wirtschaftlichen Einigung „größten Stils“ zwischen den beiden Ländern nicht etwa stellte, um eine tatsächliche Ablehnung dahinter zu verbergen und die deutsche Außenpolitik zunächst in eine unlösbare Aufgabe zu verstricken, sondern im Gegenteil, weil er erkannt hatte, daß die Chancen einer solchen Einigung gar nicht schlecht waren. Er sah darin tatsächlich eine Möglichkeit, den Plan mit einem um größere internationale Sicherheit bemühten Deutschland zu verwirklichen, ohne die fatalen Nebenwirkungen einer deutschen Dominanz hinnehmen zu müssen. Auf der anderen Seite war Schubert aus dem gleichen Grund, nämlich weil auch er eine enge wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich anstrebte, mit dem Ergebnis seines Vorstoßes als Verdeutlichung einer langfristigen Politik nicht unzufrieden.

Die überraschend und direkt gemachte Anregung eines Wirtschaftsverbündnisses zwischen der Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland war taktisch gesehen einmal ein Versuchsballon, um in eingehenden Gesprächen und in engem Zusammenhang mit den Fragen der Sicherheitspolitik in Europa Benešs Auffassungen und Einwände kennenzulernen. Das Ergebnis war für Schubert dementsprechend eine genauere Kenntnis der Voraussetzungen, mit denen er rechnen, und der Ansatzpunkte, von denen aus er die Verwirklichung seiner Vorstellungen in Angriff nehmen mußte. Sein taktisches Ziel war zum anderen, Beneš für Deutschland sehr unangenehme Initiativen im Donaauraum teils durch positive Gegenangebote teils durch die Verdeutlichung des deutschen Widerstandes zu blockieren. Es sei nur am Rande vermerkt, daß sich hieraus auch Möglichkeiten entwickeln konnten, die Isolierung Polens voranzutreiben.

Das wichtigste Mittel, das Schubert einsetzte, war zweifellos die Beruhigung Benešs hinsichtlich der deutschen Anschlußpolitik. Die taktischen Ziele und Gewinne des tschechoslowakischen Außenministers lagen auf der Hand. Er konnte beweisen — sowohl seinen innenpolitischen Kritikern wie auch den südosteuropäischen Ländern —, daß er mit Deutschland auf gutem und vertrautem Fuß stehe und seine Politik weit davon entfernt sei, sich in eine Isolierung manövriert zu haben. Außerdem hatte er wertvolle Aufschlüsse über die deutschen Absichten erhalten.

Die Folgerungen für die langfristigen Ziele Schuberts führen nun aber weit über den gegebenen Anlaß seiner Gespräche mit Beneš hinaus. Es scheint ein Widerspruch darin zu liegen, daß er sich einerseits seit Jahren mit einer europäischen Zollunion beschäftigte und gegen Blockbildungen auftrat, andererseits aber plötzlich entschlossen war, eine engere Verbindung mit der Tschechoslowakei und Österreich anzustreben. Der Widerspruch löst sich, wenn man die erwähnten taktischen Ziele Schuberts berücksichtigt und außerdem seine Bemerkung ernst nimmt, daß eine solche Verbindung nur eine Vorstufe zu größeren europäischen Zusammenschlüssen sein solle. Das ist durchaus berechtigt, denn die europäische

Wirtschaftseinigung und in diesem Rahmen vor allem die enge Verbindung mit den westeuropäischen Staaten war während seiner gesamten Amtszeit von Ende 1924 bis 1930 als Zielvorstellung eindeutig dominierend, während er die Beneš gemachten Vorschläge nur im Frühjahr 1928 erwog. Schubert zeigte sich nirgends von einer wie auch immer formulierten „Mitteleuropa-Idee“ beherrscht, wenn ich auch nicht ausschließen möchte, daß bewußt oder unbewußt großdeutsche Reminiszenzen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und allgemeine Anschauungen von der wirtschaftlichen und geschichtlichen Logik eines Mitteleuropa unter deutscher Führung von ihm verarbeitet wurden³⁸.

Im übrigen war der Gedanke, daß sich die Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland wirtschaftlich zusammenschließen sollten, keineswegs nur Schuberts eigener, sondern er war in der umfangreichen öffentlichen Diskussion paneuropäischer Ideen durchaus geläufig. Am 2. Dezember 1927 berichtete Koch über derartige Pläne des Amtsvorstands der deutschen Sektion des Landeskulturrats für Böhmen, Meisner³⁹, und am 22. Dezember 1927 entwickelte der deutsche Beobachter der Genfer Völkerbundsszene, Generalkonsul Aschmann, in einem Brief an Ministerialdirektor Ritter, der für alle Wirtschaftsfragen im Auswärtigen Amt zuständig war, einen ähnlichen Plan in der Absicht, Beneš Initiativen zu unterlaufen⁴⁰.

Bei der Erörterung der Hintergründe der Berliner Gespräche darf ein entscheidender Umstand nicht übersehen werden. Deutschland stand unter dem unausweichlichen Zwang, seinen Export bedeutend steigern zu müssen. Die Handelsbilanz für das Jahr 1927 war mit über 3,3 Mrd. RM passiv. Das war an sich schon besorgniserregend, hatte aber für Deutschland besonders gefährliche Auswirkungen, weil ja außer diesem Defizit noch die Milliardenbeträge der Reparationslasten nach dem Dawes-Plan aufgebracht werden mußten. Exportüberschüsse waren infolgedessen eine so dringende Notwendigkeit, daß daneben alle übrigen Motivationen der wirtschaftlichen Expansion — beispielsweise in Südosteuropa — verblaßten. Diese wirtschaftliche Zwangssituation und ihre kaum absehbaren Folgen waren u. a. die Ursache für Schuberts häufig geäußerte, tiefsitzende Befürchtung eines großen wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Europa, die parallel lief mit seinem starken Pessimismus hinsichtlich der inneren Entwicklung in Deutschland. Beides trieb ihn zu einer Verschärfung des außenpolitischen Tempos, aber nicht im Sinne der nationalistischen Forderungen seit der Kanzlerschaft Brünings, sondern zur Erbringung eines deutlich sichtbaren Beweises, daß auch auf dem Wege der Verständigungspolitik Erfolge zu erreichen waren. Die Ge-

³⁸ Mit der gesamten Analyse stehe ich durchaus im Gegensatz zu Johann Wolfgang Brügel, der ganz einseitig allein den — gewiß nicht zu leugnenden, aber doch untergeordneten — Aspekt von „Plänen für ein deutsch beherrschtes Mitteleuropa“ bei Schubert sieht; Brügel, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1918—1938. München 1967, S. 214—17. — Zum Problem Mitteleuropa siehe Klucke, Paul: Deutschland und seine Mitteleuropapolitik. BohJb 6 (1965) 373—89, mit weiterer Literatur.

³⁹ PA, Geheimakten der Abt. II, Österreich, Wirtschaft 7, Wirtschaftlicher Donauebund (6119/E 456 030—32).

⁴⁰ PA, Handakten Ritter, Österreich, Bd. 1 (K 1124/K 290 287—91).

sprache mit Beneš gehören auch in diesen Rahmen. Und ihr Ergebnis, daß nämlich Schubert erneut auf die Verständigung mit Frankreich verwiesen wurde, verstärkte ohne Zweifel jene außenpolitische Aktivität, hinter der in den folgenden Monaten alles andere zurücktrat: von Frankreich die Zusage zur vorzeitigen Räumung der besetzten Rheinlande zu erhalten. Denn bevor dies nicht erreicht war, mußte jeder Versuch einer weitgehenden Verständigung und engen Verbindung mit Frankreich unter den gegebenen innenpolitischen Verhältnissen in Deutschland scheitern. Ohne eine solche Einigung mit Frankreich war aber an eine Verwirklichung der Zollunionspläne mit der Tschechoslowakei und Österreich nicht zu denken. Deshalb ist Schubert gegenüber Beneš auch nie wieder auf seinen Plan zurückgekommen: Nach den aufreibenden Kämpfen um die Rheinlandräumung und nach dem Tod Stresemanns kam die innenpolitische Wende in Deutschland, der Sturz des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller und der Regierungsantritt Brünnings. Schubert konnte seine Pläne nicht verwirklichen; es gab 1930 überhaupt keine Debatte mehr darüber, daß er gehen mußte, und die Zeit bis dahin war zu kurz gewesen, um die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des Dialogs mit Beneš zu schaffen.